

Zürich, 14. August 2020

Medienmitteilung des überparteilichen Komitees «JA zum Strassengesetz»

www.gerechte-strassenfinanzierung.ch

Kantonale Volksabstimmung vom 27. September

Gemeinden entlasten statt Strassengeld horten JA zur Änderung des Strassengesetzes

*An der Medienkonferenz des überparteilichen Komitees «JA zum Strassengesetz» haben der Initiant, Robert Brunner (Grüne) und drei Gemeindepräsident*innen unter der Leitung von Daniel Sommer (EVP) ihre Argumente für die Änderung des Strassengesetzes vorgestellt.*

Für den Unterhalt und den Bau der Kantonsstrassen erhält der Kanton jährlich 450 Millionen Franken: 100 Millionen mehr als er effektiv braucht. Deshalb soll ein Teil des Überschusses neu für Gemeindestrassen verwendet werden. Diese kosten die Gemeinden jedes Jahr rund eine halbe Milliarde Franken. Mit der Änderung des Strassengesetzes werden Gemeinden und Steuerzahlende entlastet.

Vielen Gemeindekassen sind durch den Strassenunterhalt stark belastet. Die Gesetzesänderung sieht vor, dass 20% der jährlichen Einlagen in den kantonalen Strassenfonds, d.h. ca. 80 Mio. Fr., an den Unterhalt der Gemeindestrassen gehen. Da immer mehr Geld aus der Verkehrsabgabe, der Mineralölsteuer und der LSVA in den Fonds fliesst, steigt der Fondsbestand massiv an. 2008 lag er bei 430 Mio. Fr., heute sind es heute schon 1,4 Milliarden und 2026 könnten 2 Milliarden ungenutzt herumliegen.

Der Verteilschlüssel ist sinnvoll und einfach: Die Gemeinden erhalten das Geld im Verhältnis zur Länge ihrer Gemeindestrassen, die von Autos befahren werden können. Meist sind es ländliche Gemeinden mit weitläufigen Strassennetzen, denen die Gelder aus dem Strassenfonds am meisten nützen. So wird der Unterhalt der Gemeindestrassen verbessert, während die Qualität der Kantonsstrassen zu 100% erhalten bleibt. Von einer besseren Verteilung der Strassengelder profitieren alle, und dies, ohne dass neue Kosten entstehen.

Kernaussagen aus der Medienkonferenz:

- **Robert Brunner**, Initiant, Alt-Kantonsrat Grüne, Steinmaur:
«Der Strassenfonds hat von Anfang an zu viel eingenommen. Wenn die Überschüsse für Gemeindestrassen eingesetzt werden, fördert das die Verursachergerechtigkeit.»
- **Max Walter**, Gemeindepräsident Regensdorf, SVP:
«Es ist nicht Aufgabe des Kantons, Strassengeld zu horten. Mit der Änderung des Strassengesetzes entlasten wir Gemeinden und Steuerzahler.»
- **Barbara Schaffner**, Gemeindepräsidentin Otelfingen, GLP:
«Auf den ländlichen Gemeinden lasten die grössten Ausgaben für den Unterhalt des Strassennetzes. Ihnen nützen die Strassenbeiträge des Kantons am meisten.»
- **Markus Bärtschiger**, Stadtpräsident Schlieren, SP:
«Kantons- und Gemeindestrassen sind ein Gesamtsystem. Es ist nur fair, wenn den Gemeinden ein Teil des Unterhalts durch die Hauptnutzer vergütet wird.»

Dieser Mitteilung liegen bei:

- Faktenblatt: «Ja zum Strassengesetz»
- Beiträge der Medienkonferenz (im Originalwortlaut)
- Anhang: Missverständnisse zur Vorlage zum 27. Sept.

Kontakt:

Robert Brunner, Alt-Kantonsrat Grüne, Steinmaur
044 853 15 55, r.brunnerag@swissonline.ch

Max Walter, Gemeindepräsident Regensdorf, SVP
044 842 37 52, mw@maxwalter.ch

Barbara Schaffner, Gemeindepräsidentin Otelfingen, Nationalrätin GLP
079 309 81 99, barbara.schaffner@grunliberale.ch

Markus Bärtschiger, Stadtpräsident Schlieren, Kantonsrat SP
077 438 26 29, markus_baertschiger@hotmail.com

Daniel Sommer, Kantonsrat EVP, Affoltern am Albis
079 223 61 62, daniel.sommer@evpzh.ch

Kampagnen-Leitung:

Thomas Forrer, Kantonsrat Grüne
076 576 72 72, thomas.forrer@gruene-zh.ch

Im Komitee «JA zum Strassengesetz» sind vertreten:

